

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Qualitätspaket Schulessen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Qualitätssteigerung beim Schulmittagessen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Den Bezirken die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um Investitionen für Mensen und Essenausgabestellen in den Grundschulen umzusetzen, die als Folge eines ggf. erhöhten Nutzungsaufkommens durch den Wegfall des Eigenanteils notwendig werden. Darüber hinaus können die Bezirke zum Beispiel mobile Frischetheken, Fettabscheider sowie Spülstraßen ad hoc beschaffen, soweit diese als Folge eines ggf. erhöhten Nutzungsaufkommens durch den Wegfall des Eigenanteils notwendig werden. Die dafür erforderlichen Mittel von ca. 5 Mio. Euro werden im Wege der Basiskorrektur erstattet.
- Die kommenden Musterausschreibungen für die Berliner Schulen so auszugestalten, dass der Bioanteil im Schulessen erhöht wird. Es soll ein Bioanteil von 50 Prozent erreicht und dies durch Rechtsverordnung und Verwaltungsvorschriften abgesichert werden.
- Um das Schulessen an Oberschulen zu stärken und Schüler*innen in der Sekundarstufe I für gesundes Essen zu begeistern, ein entsprechendes Pilotprojekt (Versorgung nach dem System Foodtruck, Foodbike o.ä.) aufzulegen.
- Die im letzten Jahr erfolgreich durchgeführte Pilotmaßnahme „Regiowoche“ auch im laufenden Jahr durchzuführen und auszubauen.
- Die Kontrollstelle Schulessen in Pankow personell zu stärken.
- Bis zum 1. August 2019 zu prüfen, inwiefern eine Regelung zur Preisdynamisierung beim Schulessen im Zyklus der kommenden Ausschreibungen verankert werden kann.

- Dem Abgeordnetenhaus bis Januar 2021 ein Konzept zur Umsetzung für ein flächendeckendes Angebot eines subventionierten Mittagessens an Oberschulen vorzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig zum 1. August 2019 zu berichten.

Begründung:

Mit dem Nachtragshaushaltsbeschluss für das Haushaltsjahr 2019 legte das Abgeordnetenhaus fest, dass zum kommenden Schuljahr alle Schülerinnen und Schüler in der Grundstufe ein Mittagessen ohne Eigenanteil erhalten werden sowie eine Qualitätssteigerung beim Schulmittagessen erfolgt.

Die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel sollen mit den oben genannten Maßnahmen konkretisiert werden: Die aufgeführten Maßnahmen beinhalten verschiedene Aspekte zur Qualitätsentwicklung beim Mittagessen. Die Bezirke sollen einmalig zusätzliche Mittel erhalten, sofern diese für bauliche Maßnahmen erforderlich sind, um einem ggf. als Folge des Wegfalls des Eigenanteils erhöhten Nutzungsaufkommen in den Schulmensen gerecht werden zu können. Das erfolgreich durchgeführte Projekt der „Regio-Wochen“, in denen einzelne Caterer komplett auf regionale Lebensmittel zurückgreifen, gilt es fortzuführen und auszubauen. Neu aufgelegt werden soll ein Pilotprojekt, das sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler an Oberschulen richtet, um hier das Thema gesundes Essen zu stärken.

Wir wollen einen Bio-Anteil im Schulessen im Rahmen der kommenden Musterausschreibungen von 50 % erreichen. Die Qualitätssteigerung stellt eine vertretbare Weiterentwicklung des Bio-Anteils auf Basis des aktuell beim Schulessen verwendeten Bio-Anteils dar. Somit wird der Spagat zwischen Machbarem und Wünschenswertem vollzogen. Um die Qualität des Schulessens weiter zu halten, soll die Qualitätskontrollstelle für Schulessen, die in Pankow ihren Sitz hat, weiterentwickelt und personell gestärkt werden. Um die Qualität aber langfristig zu halten, wird der Senat gebeten, zu prüfen, wie ein Verfahren zur regelmäßigen Preisanpassung erfolgen kann und dieses zu Beginn der Haushaltsberatungen dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.

Das Mittagessen an Oberschulen wird aktuell noch nicht flächendeckend angeboten, auch erfolgt aktuell keine finanzielle Beteiligung seitens des Landes oder der Bezirke beim Essenspreis. Um auch an Oberschulen zu mehr gesundem Essen für alle zu kommen, wird der Senat gebeten, dem Abgeordnetenhaus bis Januar 2021 einen Konzeptvorschlag vorzulegen, der sowohl die Frage der Subventionierung als auch der räumlichen Voraussetzungen an den Schulen umfasst.

Berlin, d. 12. März 2019

Saleh Dr. Lasić
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Kittler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Remlinger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen